



## „Eine Million Euro reicht nicht“

Die Präsidentin der **Universitätenkonferenz**, Sabine Seidler, will mehr Budget für Tests an den Unis, keine zentral vorgegebene Plagiatssoftware – und keine Zehn-Jahres-Sperre für Studenten ohne Mindestleistung.

Von Karin Leitner

**Wien** – Unzählige Pressekonferenzen von Regierungsvertretern hat es seit dem Beginn der Pandemie zum Thema gegeben. Auch viele zur Lage an den Schulen. Zu den Hochschulen war wenig zu hören. Hat die Politik diese zu wenig auf dem Radar? „Der Vorteil der Unis ist, dass an diesen viel autonom geregelt werden kann. Der Nachteil: Es ist der Eindruck entstanden, sie seien nicht mehr existent. Viele Mitarbeiter haben das Gefühl, von der Politik stiefmütterlich behandelt zu werden“, sagt Sabine Seidler, **Präsidentin der Universitätenkonferenz (uniko)** und **Rektorin der Technischen Uni Wien**, im Gespräch mit der *Tiroler Tageszeitung*.

Schüler werden seit gestern wieder vor Ort unterrichtet, Studierende nicht. „Wir hätten auch gern wieder mehr Präsenz. Die Uni ist ja nicht nur eine Schule für junge Menschen. Sie ist auch eine Stätte des Diskurses.“ Dass sie das alsbald wieder sein werde, glaubt Seidler nicht. „Auch im Sommersemester werden wir einen Hybrid-Betrieb haben.“ Dass sich Lehrende und Studierende in die Universitäten „reintesten“, werde ob deren großer Zahl „flächendeckend und regelmäßig nicht möglich sein. Auch logistisch ist das nicht zu bewältigen.“

Für ÖVP-Bildungsminister Heinz Faßmann ist vorstellbar, bei Bedarf nach einem Test Blockveranstaltungen in kleinem Rahmen besuchen zu können. Eine Million Euro werde es für die Unis dafür geben, sagt er. Reicht Seidler das? „Nein. Unternehmen bekommen zehn Euro pro Test. Das würde für



Im März 2020 hat der Fernunterricht an der Wiener Uni und den anderen Hochschulen begonnen. Ein Ende ist noch nicht in Sicht. Foto: APA/Punz

uns 100.000 Tests für 22 Universitäten bedeuten. Wenn wir im März damit beginnen, und das bis Juni läuft – unter der Voraussetzung, dass es da schon Impfungen gibt – und zweimal pro Woche getestet wird, dann gehen wir von einer Million Tests aus. Das heißt, dass wir zehn Millionen Euro brauchen“, erläutert Seidler. Abgesehen davon: „Wenn der Minister sagt ‚bei Bedarf – wer entscheidet, welchen Bedarf es gibt?‘“

Wie sollte das Procedere sein? Sollte an der Uni getestet werden? Oder sollte, wie beim Friseur, ein negativer

Befund vorgewiesen werden, der nicht älter als 48 Stunden ist? Dies wie das sei möglich,



„Viele Mitarbeiter an den Unis haben das Gefühl, von der Politik stiefmütterlich behandelt zu werden.“

Sabine Seidler (uniko-Präsidentin) Foto: APA/Fohringer

„um in Lehrveranstaltungen mit beschränkter Teilnehmerzahl, in Seminare und in Labore zu kommen“, sagt die **uniko-Vorsitzende**. Wobei sie anmerkt: „Wer kontrolliert das an der Uni? Dazu ist ja Personal nötig.“ Und: Wie auch an den Schulen könnte ein Test nicht verpflichtend sein; für jene, die keinen machen, wäre weiterhin Fernunterricht angesagt.

Was die Impfungen anlangt, hatte Seidler Mitte Jänner angeregt, die Unis vorzuzureihen (sie sind auf der sechsten von sieben Prioritätsstufen). Natürlich seien „zunächst alle

vulnerablen Gruppen“ zu immunisieren“, befand Seidler. Sie gehe aber davon aus, „dass die Impfbereitschaft von Studierenden und Mitarbeitern hoch ist“, die Unis „als Vorbild dienen könnten“. Sieht sie das nach wie vor so? „Jetzt würde ich das nicht mehr sagen. Als ich das gesagt habe, war die Diskussion zum Thema Impfen kontroversiell. Das hat sich gedreht. Jetzt gibt es einen Mangel an Impfstoff – und Impfnädel. Im Jänner war das ein Angebot von uns, wenn es an Impfwilligen fehlt. Wir wollten uns nicht vordrängen.“

Plagiate der – ob dessen zurückgetretenen – ÖVP-Ministerin Christine Aschbacher bei der Diplomarbeit an der Fachhochschule Wiener Neustadt und der Dissertation an der TU Bratislava haben die Hochschulen in das Gerede gebracht. Faßmann sagt, an den Unis sei fortan Pflicht, Abschlussarbeiten mittels Plagiatssoftware zu prüfen. Impliziert das nicht den Vorhalt, das sei zu wenig passiert?

„Ich bin nicht der Ansicht, dass zu wenig geprüft wurde. Und eine Software wird kein Ersatz für gute Betreuung sein, sie wird die wissenschaftliche Qualität nicht erhöhen. Sie ist nur ein Hilfsmittel“, sagt Seidler. Hapert es nicht bei der Betreuung, wenn Werke wie das von Aschbacher möglich sind? „Es wäre vermessen zu sagen, dass wir alles hundertprozentig im Griff haben. Die meisten solcher Fälle werden aber identifiziert.“ An etlichen Unis werde derlei Software schon verwendet: „Zentral sollte man das nicht für alle vorgeben. Das sollte an jeder Uni autonom entschieden werden.“

Für Debatten sorgen auch die von Faßmann geplanten Neuerungen beim Universitätsgesetz – vor allem die vorgesehene Mindeststudienleistung für Studienanfänger. In den ersten beiden Studienjahren sind mindestens 24 so genannte ECTS-Punkte zu erreichen. Wer das nicht schafft, soll an dieser Uni in diesem Fach für zehn Jahre gesperrt werden. Er werde auf die Kritik eingehen, sagt der Bildungsminister. Seidler findet die Mindestvorgaben gut, „weil das moderat ist“. Die zehnjährige Sperre missfällt ihr aber: „Das ist zu lang. Zwei Jahre genügen.“

## Grün gegen „türkische Showpolitik“

Parteienförderung: Koalitionspartner stellt Bedingungen für Aussetzen der Erhöhung.

**Wien** – Zwischen den Koalitionspartnern ÖVP und Grüne tut sich die nächste Front auf. Knackpunkt ist die Parteienförderung. Die ÖVP will die automatische Inflationserhöhung aussetzen. Dagegen legen sich jetzt aber die Grünen quer, solange nicht gleichzeitig die Obergrenze für Wahlkampfkosten gesenkt wird. „Wir sind nicht bereit, uns an der türkischen Showpolitik zu beteiligen“, teilte die grüne Klubchefin Sigrid Maurer in einer Aussendung mit.

Das geltende Parteiengesetz sieht vor, dass die Parteienförderung Jahr für Jahr gemäß der Inflation erhöht wird. Für heuer würde das in Summe ein Plus von knapp 450.000 Euro auf 30,9 Millio-

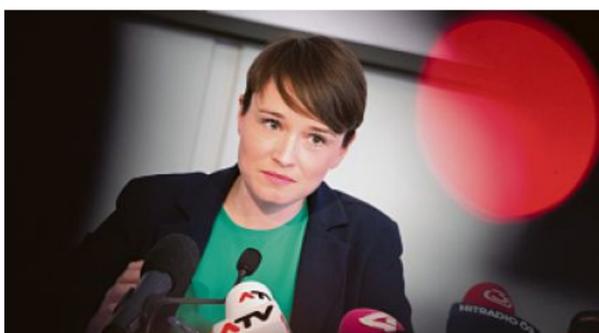
nen Euro bedeuten. Eine von der ÖVP gewünschte Änderung sollte heute im Verfassungsausschuss des Nationalrats auf der Tagesordnung stehen. Nach dem Einspruch der Grünen wird diese vor-

aussichtlich vertagt. Damit ist auch fraglich, ob das Einfrieren rechtzeitig vor der Auszahlung der ersten Tranche Ende März beschlossen werden kann.

Die Grünen fordern eine

gleichzeitige Senkung der Wahlkampfkosten. Derzeit sind bei Nationalratswahlen pro Partei mehr als sieben Millionen Euro erlaubt. Diese Summe nutzen meist nur die größeren Parteien aus. Geht es nach den Grünen, sollte der Deckel bei sechs Millionen Euro liegen. Das wären umgerechnet 94 Cent pro Wahlberechtigtem. Maurer: „Wir wollen die enorm hohen Kosten für Wahlkämpfe reduzieren und diese sinnlose Steuergeldverschwendung begrenzen.“

Auch SPÖ, FPÖ und NEOS äußerten sich in ersten Reaktionen skeptisch zum Vorschlag der ÖVP und forderten weitergehende Reformen der Parteienfinanzierung. (APA, TT)



Die grüne Klubchefin Sigrid Maurer fordert vom Koalitionspartner ÖVP ein Ende der „Steuergeldverschwendung“ bei Wahlkämpfen. Foto: APA/Hochmuth

## Ruf nach mehr Hilfe für Kinder

**Wien** – Kinder und Jugendliche stoßen im Umgang mit Hass und Gewalt im Internet immer wieder auf Hürden – und Unverständnis. Zum heutigen Safer Internet Day fordert SOS-Kinderdorf bessere Hilfsmaßnahmen. „Kinder und Jugendliche, die im Internet mit Gewalt konfrontiert sind, werden mit ihren Problemen viel zu oft allein gelassen“, befand Katrin Grabner, Kinderrechtsexpertin bei SOS-Kinderdorf.

Mit dem Gesetzespaket zu „Hass im Netz“ habe die Politik im vergangenen Jahr zwar einen wichtigen ersten Schritt gesetzt. „Gesetze bieten aber nur dann wirklich Schutz, wenn sie auch in der Praxis Anwendung finden.“

Eine „breite Informationsoffensive“ sei vonnöten, „damit die Gesetze wirksam werden können, und Weiterbildungsmaßnahmen für Polizei und Gerichte“.

Speziell im Bereich der sexuellen Belästigung von Kindern gebe es noch viel zu tun. „Bereits 2018 hat eine von SOS-Kinderdorf beauftragte Studie gezeigt, dass fast 30 Prozent aller Kinder und Jugendlichen von sexueller Gewalt im Internet betroffen sind. Häufig wissen Kinder und Jugendliche aber gar nicht, welches Verhalten strafbar ist“, sagt Grabner. „Und nur acht Prozent der von sexueller Belästigung und Gewalt im Netz Betroffenen erstatten Anzeige.“ (APA, TT)